Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 12 (1992)
Heft: 24

Artikel: Das Ende der "Zivilgesellschaft"
Autor: Hirsch, Joachim
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652095

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Joachim Hirsch

Das Ende der "Zivilgesellschaft"

Die Diskurskonjunktur für "Zivilgesellschaft" steht derzeit nicht allzu gut. Angesichts dessen, was sich in den vergangenen Monaten zwischen Los Angeles und Rostock abgespielt hat, hat die scheinbar griffige Formel einiges an Glanz verloren. Die Erkenntnis, dass auch in den "westlichen", entwickelten kapitalistischen Ländern kruder Nationalismus, Rassismus und Gewalt zur immer wieder aufscheinenden Normalität einer auf Unterdrükkung und Ungleichheit basierenden Gesellschaft gehört, lässt auch die Feuilletons nicht mehr ganz unberührt. Es scheint so, als läge Brumliks keckes Votum "Die civil society existiert", mit dem er die etwas quälerischen linken Diskussionen vom Tisch fegen wollte, doch ein bisschen daneben (Brumlik 1991). Bevor auch dieser Begriff demnächst in die Mottenkiste abgelegter Modevokabeln kommt, ist es m. E. nützlich, sich noch einmal der Dimensionen und Implikationen der damit verbundenen Debatten zu vergewissern.

Dazu gehört zunächst einmal ein Blick auf die theoretischen Ursprünge der jüngeren Diskussion. Zu ihren wichtigsten Wurzeln zählt die intellektuelle Strömung, die in den USA unter der Sammelbezeichnung "communitarians" firmiert (vgl. u.a. Walzer 1990, 1992, Bellah u.a. 1978, Taylor 1988) und die Dissidenten-Kritik an den poststalinistischen Regimes im sowjetisch beherrschten Osteuropa vor dem Zusammenbruch des "realen" Sozialismus (vgl. Keane 1989, Rödel u.a. 1989, Taylor 1989, Cohen/Arato 1991). Während es in den USA vornehmlich um die Kritik an den sozial desintegrativen und entpolitisierenden Tendenzen einer entfesselten kapitalistischen Marktökonomie und um den Versuch geht, die normativen und ethischen Prinzipien eines demokratischen Gemeinwesens philosophisch wieder zu begründen, stand in Osteuropa die Kritik an einer parteibürokratisch verstaatlichten Gesellschaft im Vordergrund.

Die Auseinandersetzung mit dem leninistischen Revolutionskonzept und der tendenziell totalitären Herrschaft einer Staatspartei, die im Namen der Revolution und des Volkes dieses in psychischer und politischer Subalternität hielt, begründete die zentrale Bedeutung des Begriffs "civil society", d.h. der Erkenntnis, dass eine Gesellschaft nur in dem Masse demokratisch sein kann, wie sie von den Prinzipien freier Selbstorganisation und unabhängiger Öffentlichkeit, von Pluralismus, Kompromiss, Machtkontrolle und dem Verzicht auf die Durchsetzung vorgefertigter Wahrheiten bestimmt wird. Mit der Formel von der "sich selbst beschränkenden Revolution" wurden wichtige Lehren aus dem Scheitern der Oktoberrevolution gezogen. Dem liberalkapitalistischen Gesellschaftssystem des Westens standen die Dissidenten indessen durchaus kritisch gegenüber, weil es eben diese Prinzipien aufgrund der herrschenden ökonomischen Mechanismen

nur in äusserst deformierter und unvollkommener Weise realisieren könne. Vor und noch während der Umbrüche, die zum Sturz der kommunistischen Parteiherrschaft geführt haben, stand deshalb immer die recht vage und mit - wie sich inzwischen zeigt sehr berechtigter - Skepsis verbundene Vorstellung von einem "dritten" Weg zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus zur Debatte. Interessant ist, dass beiden Ansätzen durchaus ein - wenngleich höchst verschwommenes - kapitalismuskritisches Moment anhaftet, ohne dass es freilich gelungen wäre, präzisere gesellschaftsorganisatorische Vorstellungen daraus zu entwickeln.

Dass die "Zivilgesellschafts"-Debatte gerade in der Bundesrepublik einen so breiten Raum einnehmen konnte, hängt meiner Ansicht nach stark mit dem Zerbrechen linker Überzeugungen und Orientierungen nach den globalen Umwälzungen seit Ende der achtziger Jahre zusammen. Die Auflösung des sowjetischen Imperiums, der Zusammenbruch der DDR und der globale "Sieg" des Kapitalismus denunzierte bei vielen die wie immer auch vagen und illusionären Vorstellungen von "Sozialismus". Angesichts des mit diesem Begriff verbundenen historischen Ballasts von Fehlern und Enttäuschungen und der augenscheinlichen Unmöglichkeit einer wirklichen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse schien die Zeit für eine entschlossene Verabschiedung von politischen Traditionsbeständen gekommen. Für grosse Teile einer ziemlich resignierten Linken wurde "Zivilgesellschaft" zu einer Art Ersatzformel, die den Vorzug hatte, Ansatzpunkte für eine reformerische politische Orientierung innerhalb der gegebenen Verhältnisse zu liefern und diese selbst theoretisch zu legitimieren. Mit ihr verbindet sich nicht nur die Verabschiedung von radikaler Kapitalismuskritik, sondern auch der Verzicht auf Utopien und die entschlossene Hinwendung zum realpolitisch Machbaren: Sicherung und Ausbau der bestehenden, liberal-kapitalistischen Demokratie, also ein "Liberalismus der Erschöpften", wenn man so will (Narr 1991). Insoweit bezeichnet "Zivilgesellschaft" eine linke Variante des Postulats vom "Ende der Geschichte" (F.Fukuyama), das die bestehende Gesellschaft und ihre ökonomische Verfasstheit kurzerhand zur bestmöglichen erklärt, auch wenn es nicht sicher ist, ob sie das nächste Jahrtausend überhaupt noch halbwegs unbeschadet – und ohne grössere Katastrophen anzurichten – erreicht.

Es muss festgehalten werden, dass sich mit dem Begriff "Zivilgesellschaft" eine durchaus wichtige Kritik an traditionellen, wie immer "marxistischen" Vorstellungen von Politik und gesellschaftlicher Veränderung verbindet, nicht zuletzt an dem in der Geschichte der Arbeiterbewegung und in der damit verbundenen Theorietradition virulenten Etatismus und einem expliziten demokratietheoretischen Defizit auch innerhalb der Nach-68er "Neuen Linken". Das Problem ist, dass diese Kritik - etwa im Verhältnis der Neuen Linken zum so genannten "realen Sozialismus" oder in Wahrnehmung der eigenen Verfallsgeschichte seit den siebziger Jahren - kaum systematisch aufgearbeitet wurde, und dass es beim Import anderswo geführter Debatten ohne Rücksicht auf ihren historischen und politischen

Kontext blieb. Wenn es stimmt, dass der "Zivilgesellschafts"-Diskurs vor allem der ideologischen Selbstvergewisserung beim Widerruf linksradikaler Vergangenheiten diente, dann wird auch verständlich, warum er - im Gegensatz zur amerikanischen und osteuropäischen Diskussion - im wesentlichen abtrakt und ideengeschichtlich, d.h. unter weitgehender Ausblendung von materiellen Strukturen und Entwicklungstendenzen der bestehenden Gesellschaft geführt wurde. Es ging hier weniger um Gesellschaftsanalyse und politische Praxis denn um eine veränderte Weltsicht. Charakteristisch ist jedenfalls, dass der bedeutendste und immer noch hoch aktuelle "Zivilgesellschafts"-Theoretiker in der Geschichte der Arbeiterbewegung, Gramsci, dabei praktisch überhaupt keine Rolle spielte.

Bei einer solchen Konstellation ist es nicht verwunderlich, dass die Formel "Zivilgesellschaft" schnell zum schwammigen Passepartout verkam, hinter dem sich durchaus unterschiedliche und zum Teil höchst gegensätzliche gesellschaftstheoretische und politische Vorstellungen verbergen konnten. Sieht man einmal von den krudesten Versuchen ab, sie zur platten Rechtfertigung der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse heranzuziehen, so fungiert sie am ehesten als normatives, aus der einschlägigen politischen Ideengeschichte herausdestilliertes Demokratiemodell (so z.B. bei Rödel u.a. 1989). So wichtig es ist, sich theoretisch der Grundprinzipien einer auf Freiheit und Selbstbestimmung beruhenden Gesellschaft zu versichern, so problematisch wird das, wenn es unter Ausblendung der fundamentalen Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung und ohne Rücksicht auf reale Entwicklungstendenzen geschieht.

Was uns heute, nach dem endgültigen Scheitern der als proletarisch firmierenden Revolutionen erneut beschäftigen muss, ist in der Tat der komplizierte und höchst widersprüchliche Zusammenhang von Kapitalismus und Demokratie. Das aber kann nur mit einer radikalen Kritik der bürgerlichen politischen Theorie und nicht durch ihre noch so feinsinnige Rezeption gelingen. Nach Marxens Kritik der politischen Ökonomie steht eine historisch-materialistische Kritik der Politik immer noch aus, und dass sie in der "Zivilgesellschafts"-Debatte nicht einmal versucht worden ist, markiert deren entscheidendes Defizit. Nicht zuletzt kann eine solche Debatte nicht geführt werden ohne Berücksichtigung der ökonomisch-gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen, die die "westlichen Demokratien" heute entscheidend prägen: die - von den amerikanischen communitarians immerhin noch wahrgenommene, als "negativer Individualismus" gekennzeichnete - soziale Desintegration und "Entgesellschaftlichung" nationaler Gesellschaften unter dem Druck einer sich globalisierenden kapitalistischen Marktökonomie und die damit verbundene Tendenz zur autoritär-bürokratischen "Durchstaatlichung" (Hirsch 1986). Und sie kann nicht geführt werden ohne Rücksicht darauf, dass angesichts der herrschenden internationalen Gewalt- und Abhängigkeitsverhältnisse halbwegs erträgliche politisch-soziale Zustände ein Privileg weniger Metropolen bleiben müssen, die auf Kosten einer dem Elend überlassenen Peripherie prosperieren.

Die Rekonstruktion normativer Demokratiemodelle aus der bürgerlichen Theoriegeschichte (Jefferson, Madison, Tocqueville u.a.m.) ohne Wahrnehmung deren immanenter Widersprüchlichkeit, konkret: ohne Berücksichtigung dessen, dass es eben die kapitalistischen Strukturen sind, die deren Verwirklichung verunmöglichen, und ohne Nachdenken darüber, wie diese zu beseitigen wären, muss sich zu platter Ideologieproduktion verkehren. Die kritische Bedeutung, die ein normativer Begriff von "Zivilgesellschaft" immerhin haben könnte, fällt damit vollends unter den Tisch.

Gramsci, der gewiss immer noch bedeutendste kritische "Zivilgesellschafts"-Theoretiker, hat darauf hingewiesen, dass die bürgerlich-kapitalistische "società civile" als untrennbarer Bestandteil des modernen "integralen Staates" begriffen werden muss, als die Sphäre, von der die herrschende Hegemonie als ideologischer Kitt der bestehenden physischen Gewalt- und materiellen Ausbeutungsverhältnisse ausgeht (Gramsci 1986). (Gewalt-) "Staat" und "zivile Gesellschaft" werden nicht, wie heute üblich, als abstrakte Gegensätze, sondern als sich wechselseitig bedingende Einheit erkannt. Zugleich ging es ihm um die darin eingebetteten Widersprüche, die die Herausbildung einer emanzipativen und revolutionären politischen Kraft überhaupt erst möglich machen. "Zivile Gesellschaft" ist bei ihm Garantie kapitalistischer Herrschaft und zugleich das Terrain, auf dem sich der politische Kampf gegen sie entwickeln muss. Sein Begriff der demokratisch vollendeten "società regolata", der dem aktuell gehandelten normativen Konzept von "Zivilgesellschaft" am ehesten nahekommt, ist klar an die Überwindung kapitalistischer Produktions- und Vergesellschaftungsverhältnisse gebunden: Wirkliche Demokratie ist erst dann herstellbar, wenn die existierende Form von "Staat" und "ziviler Gesellschaft" aufgehoben ist (Hirsch 1992).

Dieses vor Jahrzehnten erreichte Niveau kritisch-materialistischer Gesellschaftstheorie sollte eigentlich nicht mehr unterschritten werden. Das würde zweierlei bedeuten: *Einmal* die genaue Analyse der Strukturveränderungen, die der Kapitalismus sowohl in den Metropolen als auch in der Peripherie in den vergangenen Jahrzehnten durchgemacht hat: die Veränderung der internationalen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse, die radikalen Verschiebungen im Verhältnis von "Staat" und "Gesellschaft", die mit Begriffen wie "Sicherheitsstaat" oder "neoliberale Revolution" umschrieben werden können, der Gegensatz von nationalstaatlicher Verfasstheit und Weltmarktintegration angesichts einer fortschreitenden Globalisierung und Flexibilisierung der Produktion unter der Regie multinationaler Konzerne, internationale Monopolisierung und die Veränderung korporativer Regulationsstrukturen, die Auswirkungen einer sich rapide internationalisierenden Medienindustrie, um nur ein paar Punkte zu nennen. Kurz: Es täte not zu begreifen, wovon man eigentlich redet, wenn man heute "Zivilgesellschaft" sagt. Das entscheidende Manko der Zivilgesellschafts-Diskussion liegt darin, dass man allen Ernstes glaubte, auf eine ausgeführte Kritik der politischen Ökonomie verzichten zu können. Inso-

weit kennzeichnet sie auch ein Stück Verfallsgeschichte kritischer Theorie, die allerdings bereits in deren Anfängen angelegt war. Marx selbst hat es nicht vermocht, die Kritik der Politik als Bestandteil einer Kritik der politischen Ökonomie wirklich zu entwickeln; und die Frankfurter Schule hat zumindest in dem von Horkheimer und Adorno geprägten Strang dieses Defizit - verbunden mit bemerkenswerten ökonomiekritischen Blindflekken - zu einem guten Teil weitergeschleppt. In dieser Tradition stehend, hätte es eigentlich nahe gelegen, an eben diesem Punkt theoretisch wie empirisch weiterzuarbeiten. Aber es kam anders: Verdrängen und Vergessen war angesagt (s. Rödel u. a., 1989), und die Hilflosigkeit angesichts des heillosen Auseinanderklaffens von theoretischem Diskurs und gesellschaftlicher Realität ist grösser denn je.

Zum zweiten ginge es um die Entwicklung praktischer Konzepte einer befreiten Gesellschaft über den strukturell beschnittenen Horizont der bestehenden, aber ständig und hochgradig gefährdeten bürgerlich-kapitalistischen Demokratie hinaus. Das Scheitern sich sozialistisch nennender Experimente hat diese Aufgabe nicht erledigt, sondern nur noch drängender werden lassen, und es sieht so aus, dass der resignativ-realpolitische Habitus der neueren "Zivilgesellschafts"-TheoretikerInnen, der auf alle Utopien verzichten möchte und das bescheiden Machbare anvisiert, kein Rezept gegen die drohenden politischen, sozialen und gesellschaftlichen Katastrophen verspricht. Immer noch kommt es darauf an, praktische Wege zu finden, mit denen die kapitalistische Produktions- und Vergesellschaftungsweise überwunden werden kann - und das ist nicht einfach angesichts einer langen Geschichte von Fehlschlägen.

Immerhin wissen wir inzwischen etwas besser, auf was es dabei ankommt: nicht auf etatistische Machteroberungsstrategien, sondern auf die praktische Entwicklung von Lebens-, Vergesellschaftungs- und Politikformen, die den herrschenden diametral entgegengesetzt sind, die bestimmte Umgestaltung von Konsumgewohnheiten, der Formen von Öffentlichkeit und Interessenvertretung, der Natur- und Geschlechterverhältnisse, der Produktions- und Arbeitsweisen, kurz: die Revolutionierung und Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft von innen heraus. Dieses Erbe der neueren Protestbewegungen ist politisch und theoretisch immer noch nicht eingelöst.

Demokratische Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich nicht aufs Ausschmücken des Bestehenden beschränkt, kollidiert notwendig mit der staatlich armierten Gewalt der herrschenden Institutionen und erfordert daher nicht nur mühsame Lern- und Verhaltensänderungsprozesse, sondern auch ständigen Kampf. Wer einmal versucht hat, sich gegen die Zwangsnormalität dieser Gesellschaft mit den damit verbundenen Persönlichkeitszurichtungen und Rollenzumutungen öffentlich und praktisch zu verhalten, weiss das. Der Gewalt, die die herrschende "Zivilgesellschaft" ausübt, muss so begegnet werden, dass die Dimensionen einer freien Gesellschaft zum Orientierungspunkt der Auseinandersetzung werden.

Eine *wirklich* demokratische "Zivilgesellschaft" ist nur erreichbar, wenn die bestehende überwunden wird. Dies gilt auch für den Staat, von dem innerhalb der "Zivilgesellschafts"-Debatte nicht einmal mehr der Ansatz eines theoretischen Begriffs aufgeschienen ist. Es geht nämlich überhaupt nicht darum, ob eine gesellschaftlich allgemeine, übergreifende, nicht von unmittelbaren Interessen bestimmte politische Instanz notwendig ist, sondern um die *Form,* die sie unter den herrschenden Produktionsverhältnissen annimmt und die reale Demokratie strukturell verhindert (Hirsch 1992). Zur Debatte stände also nicht abstrakt die Abschaffung oder Nichtabschaffung des Staates, sondern Möglichkeiten zu einer radikalen Veränderung der politischen Formen - des Verhältnisses von Politik und Ökonomie, der Öffentlichkeit, der Art und Weise von Interessenvertretung und Repräsentation -, die ein grundlegender Bestandteil der Produktionsverhältnisse sind und nur mit diesen transformiert werden können.

Wir haben das, um allfällige Missverständnisse zu vermeiden, "radikalen Reformismus" genannt (Hirsch/Roth 1986, Hirsch 1990). Dies bezieht sich darauf, dass emanzipative gesellschaftliche Veränderungen das Produkt langwieriger und einigermassen komplizierter Lern- und Erfahrungsverarbeitungsprozesse sind, die an den herrschenden Verhältnissen und ihren Widersprüchen anknüpfen müssen. Das heisst unter anderem, dass die bestehenden demokratischen Strukturen, auch wenn sie kümmerlich genug sind, gegenüber Angriffen verteidigt werden müssen, weil ihre Erhaltung Voraussetzung jeder Politik der Befreiung ist. Und das heisst auch, dass eine befreite Gesellschaft nicht durch Macht und Gewalt, sondern nur durch Überzeugung und Erfahrung aller Beteiligten erreichbar ist. "Radikal" verweist darauf, dass dabei die grundlegenden materiellen Strukturen der herrschenden kapitalistischen Vergesellschaftungsform zu Disposition stehen und überwunden werden müssen, auch die Eigentumsformen und auch die soziale Beziehung, die mit "Markt" bezeichnet und heute überhaupt nicht mehr hinterfragt wird. Es steht zu vermuten, dass dies durch akademische Diskurse allein nicht zu bewerkstelligen ist. Wer diese Gesellschaft in ihren grundlegenden ökonomischen und politischen Machtstrukturen verändern will, stösst notwendig an ihre Gewaltverhältnisse. Nicht immer dankt eine Machtelite, die die Gesellschaft in die Katastrophe geführt hat, so glatt und freiwillig ab, wie das kürzlich in Mittel-und Osteuropa passiert ist.

Literatur

Bellah, Robert N. u.a., 1987: Gewohnheiten des Herzens. Individualismus und Gemeinsinn in der amerikanischen Gesellschaft. Köln.

Brumlik, Micha, 1991: Was heisst "zivile Gesellschaft"? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr.8, S.987ff.

Cohen, Jean/Arato, Andrew, 1991: Civil Society and Political Theory. Cambridge (Mass).

Gramsci, Antonio, 1986: Selections from Prison Notebooks. Hg.v. Q.Hoare u. G.N. Smith, London. Siehe jetzt die kritische Gesamtausgabe, A. Gramsci: Gefängnishefte. Erschienen

Bd. 1 - 3, Hamburg 1991/1992.
Hirsch, Joachim, 1986: Der Sicherheitsstaat. Frankfurt/Main, 2. Auflage
Hirsch, Joachim, 1990: Kapitalismus ohne Alternative? Hamburg.
Hirsch, Joachim/Roth Roland, 1986: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Hamburg.
Keane, Kohn (Hg.), 1988: Civil Society and the State. London.
Narr, Wolf-Dieter, 1991: Vom Liberalismus der Erschöpften, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr.2, S.216ff.
Rödel, Ulrich/Frankenberg, Günter/Dubiel, Helmut 1989: Die demokratische Frage. Frankfurt/Main.
Taylor, Charles, 1988: Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus. Frankfurt/Main.
Taylor, Charles, 1989: Die Beschwörung der Civil Society, in: K.Michalski (Hg.), Europa und die Civil Society. Stuttgart.
Walzer, Michael, 1983: Spheres of Justice. New York.
Walzer, Michael, 1990: Kritik und Gemeinsinn. Berlin.

Heinz Kleger

Die Rückkehr der Bürgergesellschaft

Es ist riskant, in Kürze etwas vorlegen zu wollen, das - wie auf dem Feld der politischen Theorie zumeist - sowohl auf politikhistorische Traditionen wie auf aktuelle Diskussionen Bezug nimmt. Es ist notwendigerweise in beiden Hinsichten sehr selektiv.

In diesem Sinne nehme ich einige Überlegungen von Alexis de Tocqueville zum Ausgangspunkt für eigene Überlegungen. Tocqueville dient mir quasi als Durchgangsstation. Der Fokus meiner Überlegungen ist indes ein gegenwartsbezogener. Er heisst Zivilgesellschaft oder auf deutsch: Bürgergesellschaft. Die politikhistorische Tradition, die mit dem Namen Tocqueville verbunden ist, hat dazu einiges beigetragen. Ich gehe deshalb gleich in medias res und komme auf Tocqueville zu sprechen. Ich beginne

- mit der von ihm analysierten demokratischen Dynamik (I.);
- frage mich dann (II.), wie sich konstruktive politische Theorie in ihr noch verorten kann;
- komme dann (III.) auf aktuell trennscharfe Begriffe der Bürgergesellschaft zu sprechen,
- um diese schliesslich (IV.) - unterbrochen durch einen Exkurs zur Wohlstandsgesellschaft - in Beziehung zu eigenen Überlegungen zu setzen.

I.

Tocqueville hat als erster in der politischen Theorie die grundlegende, nicht fest definierte und auch nicht fest definierbare Dynamik hinter den Begriffen von Gleichheit und Demokratie auf eine Weise analysiert, die uns auch heute weiterhin real bewegt. Im Zentrum der beiden Bücher über